

NEUORDNUNG OFFENE KINDER- UND JUGENDARBEIT

Der Kanton verteilt das Geld breiter

Die offene Kinder- und Jugendarbeit wird künftig im Kanton Bern über die Anzahl Jugendliche abgegolten. Die meisten Gemeinden profitieren, einige müssen zurückstecken.

Städte begannen schon früh, Angebote für Kinder und Jugendliche ausserhalb der Schule bereitzustellen. Ländliche Gemeinden zogen in den letzten Jahren nach. Das Angebot habe stark zugenommen, stellte gestern Regierungsrat Philippe Perrenoud (SP) vor den Medien fest. Die finanzielle Unterstützung sei historisch bedingt aber sehr ungleich. Nun präsentierte er, wie das Geld ab 2013 verteilt wird: «Es war uns sehr wichtig, dass die eingesetzten Mittel nachvollziehbarer und gerechter verteilt werden», sagte er. Nicht mehr die Anzahl Einwohner eines Einzugsgebiets ist entscheidend, sondern die Anzahl Kinder und Jugendliche. «Die Gelder sollen schwerem Gewicht dort zum Einsatz kommen, wo sich Kinder und Jugendliche aufhalten, nämlich in ihren Wohngemeinden», begründete Perrenoud. Damit Angebote unterstützt werden, müssen sie für ein Einzugsgebiet mit mindestens 2000 Kindern und Jugendlichen bereitgestellt werden.

Protest aus der Stadt Bern

Die Neuerung bringt den meisten Gemeinden eine finanzielle Entlastung (bis zu 84 Prozent mehr Mittel), für einige bedeutet es aber auch «herausfordernde Ver-

änderungen» (bis zu 38 Prozent weniger Unterstützung), wie es Jonathan Gimmel, Präsident des Verbands offene Kinder- und Jugendarbeit Kanton Bern (Voja), ausdrückte. Im Frühjahr provozierte dies Protest vor allem aus der Stadt Bern, die einen Kahlschlag befürchtete. Mit einer Petition wehrten sich Politiker und Betroffene gegen die Umverteilung.

Auswirkungen abgemildert

Der Kanton hat nun reagiert: Er anerkennt die sozialen Lasten der Zentren, indem er den Soziallastenindex anpasste. Bern und Biel erhalten eine zusätzliche Abgeltung. Zudem finanziert er Angebote von regionaler Bedeutung direkt. Darunter fallen beispielsweise die Gesundheitsförderung, die Suchthilfe, der Leistungsvertrag mit dem Dachverband Voja, die Fachstelle Spielraum oder das Jugendzentrum Gaskessel in der Stadt Bern. Statt einer kostenneutralen Umverteilung resultiert deswegen eine Erhöhung der Auslagen von 15 auf 16 Millionen Franken. Die Angebote der Ge-

SELBSTBEHALT

Sozialhilfegesetz Per 2012 tritt das neue Sozialhilfegesetz in Kraft. Es führt einen Selbstbehalt für lastenausgleichsberechtigte Leistungen ein. Künftig müssen Standortgemeinden 20 Prozent der anfallenden Kosten selber tragen. Dies gilt etwa für die fa-

meinden werden über den Lastenausgleich Sozialhilfe finanziert. Sie zahlen also indirekt mit.

Qualität sichern

Neben der finanziellen Seite ging es sowohl dem Sozialamt wie dem Dachverband Voja darum, die Angebote sauber einzubinden. Die Rahmenbedingungen sind künftig Teil der revidierten Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (Asiv), die 2012 in Kraft tritt. Darin sind auch die Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung geregelt.

Laut Jonathan Gimmel nimmt der Kanton Bern in diesem Bereich eine Vorreiterrolle ein. In der Asiv seien nun auch Qualitätsstandards festgeschrieben. Perrenoud hob den Wert von «niederschwelligem Angeboten» in den Gemeinden hervor. Er betonte: «Aus sozialpolitischer Sicht ist die Kinder- und Jugendarbeit sowohl unter dem Aspekt der Bekämpfung von Armut als auch unter dem Gesichtspunkt einer ganzheitlichen Familienpolitik zentral.» *Christoph Aebischer*

milienexterne Kinderbetreuung, aber auch für die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Laut Regierungsrat Philippe Perrenoud sollen dank dieser Neuerung Gemeinden mehr Eigenverantwortung übernehmen. *cab*



Spielplatz Längmuur in Bern: Solche Angebote sollen künftig auf dem Land besser abgegolten werden. *Stefan Andereg*

Mehr Geld für die Kinder- und Jugendarbeit im Oberaargau

Künftig zahlt der Kanton mehr an die offene Kinder- und Jugendarbeit in Langenthal, Niederbipp und Herzogenbuchsee.

Gestern war für Adrian Vonnüti, Vorsteher des Sozialamts Langenthal, ein Freudentag. Weil der Regierungsrat beschlossen hat, die Gelder für die offene Kinder- und Jugendarbeit nach einem neuen Schlüssel zu verteilen, fließen künftig mehr Mittel nach Langenthal (siehe Haupttext). «Das finde ich gut», lautete denn auch Vonnütis Kommentar zum Entscheid aus Bern. Mehr Geld könne man in der Kinder- und

Jugendarbeit immer gut brauchen. Schliesslich sei Langenthal nicht weniger belastet als andere städtische Zentren. Die Sozialhilfequote zum Beispiel sei in der Stadt gar grösser als in Bern.

Wie viel mehr Geld Langenthal erhält, steht noch nicht bis ins letzte Detail fest. Fakt ist aber: Im besten Fall gibt es 10 Prozent mehr als bisher. Das entspreche immerhin dem Etat für eine halbe Stelle, rechnet Vonnüti vor.

In der Region Langenthal kümmert sich die Fachstelle ToKJO um die offene Kinder- und Jugendarbeit. Als Sitzgemeinde fungiert Langenthal, die Anschlussgemeinden sind Aarwangen, Bannwil, Lotzwil, Melchnau, Obersteckholz, Roggwil, Schwarzhäusern und Thunstetten. Pro Jahr braucht ToKJO rund 800 000 Franken. Der Kanton steuert rund eine halbe Million bei. Den Restbetrag teilen sich die involvierten Gemeinden, einzelne Kirchgemeinden sowie Sponsoren auf.

Der neue Verteilschlüssel des Kantons freut aber nicht nur Langenthal, sondern auch Niederbipp und Herzogenbuchsee. Für ihre offene Kinder- und Jugendarbeit können die beiden regionalen Sozialdienste ebenfalls mit bis 10 Prozent mehr Geldern vom Kanton rechnen.

Nicht alle Gemeinden profitieren aber von der Neuregelung, die Stadt Bern etwa gehört zu den Verliererinnen. Unter dem Strich fließen ihr ab nächstem Jahr 750 000 Franken (29 Prozent) weniger vom Kanton zu als

heute. János Gazdag vom DOK, einer Trägerorganisation der offenen Kinder- und Jugendarbeit, erwartet, dass die Stadt in die Bresche springt und die Ausfälle kompensiert. Jürg Häberli, Leiter des städtischen Jugendamts, bleibt vorerst vorsichtig: «Wir wollen die Unterlagen prüfen», sagt er. Und hält fest: «Es kam nicht so schlimm heraus, wie wir zuerst befürchtet haben.»

Insgesamt gibt die Stadt Bern knapp 4 Millionen Franken für die offene Kinder- und Jugendarbeit aus. *baz/cab*

GEWINNER/VERLIERER

Die meisten der 41 Sitz- und 205 Anschlussgemeinden (Einzugsgebiet mit mindestens 2000 Kindern und Jugendlichen) gehören mit der neuen Verordnung zu den Gewinnern. Am deutlichsten profitieren relativ gesehen die Verbände **Steffisburg, Moutier, Péry und Tramelan**, die bis zu 84 Prozent mehr Geld erhalten. Die grössten Verlierer sind **Bern, Münchenbuchsee, Muri, Riggisberg und Spiez** mit bis zu 38 Prozent weniger Unterstützung. *cab*



BREITLING
1884

INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™

prebes
Uhren & Schmuck
Langenthal

BREITLING.COM



HERBERT NITSCH. LINIENPILOT.
EXTREMTAUCHER. REKORDHALTER.



CHRONOMAT
CHF 74 10.-*

*Unveränderlicher Richtpreis